



## Änderungsantrag

Fraktionen CDU und SPD

### **„Demokratieerklärung“ überarbeiten – EntschlieÙung des Landes Berlin im Bundesrat unterstützen**

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 6/177

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten,

1. sich mit dem Antrag des Landes Berlin - EntschlieÙung des Bundesrates „Den demokratischen Dialog in den Bundesprogrammen „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ und „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ fördern; die Demokratieerklärung überarbeiten“ - auseinanderzusetzen und
2. im Ausschuss für Bildung und Kultur und für Inneres über die Ergebnisse der Behandlung der EntschlieÙung des Landes Berlin im Bundesrat zu berichten.

### **Begründung**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bindet die Bewilligung von Fördermitteln aus den genannten Bundesprogrammen seit Beginn des Jahres 2011 an die Unterzeichnung einer so genannten Demokratieerklärung. Diese Erklärung, die die antragstellenden Träger als Fördervoraussetzung zu unterschreiben haben, enthält zwei Verpflichtungen. Zum einem müssen sich die Träger zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen und bestätigen, dass sie eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten. Zum anderen verpflichten sich die Träger, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Projektpartner sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes bekennen.

Die Landesregierung soll in den Ausschüssen für Bildung und Kultur und für Inneres über die Behandlung der EntschlieÙung im Bundesrat berichten.

André Schröder  
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde  
Fraktionsvorsitzende SPD

(Ausgegeben am 07.07.2011)